

gesamt (kommerzieller Verkehr und Ablöselieferungen) hat die Sowjetunion 17% aller von Österreich ausgeführten Maschinen und Verkehrsmittel

erhalten, die 39% der gesamten Lieferungen in die Sowjetunion betragen (47% im kommerziellen Export in die Sowjetunion allein).

Insolvenzen im Jahre 1958

Die Insolvenzen bewegen sich im allgemeinen im Rhythmus der Konjunktur. Dies gilt jedoch vor allem für größere langfristige Veränderungen der Konjunkturlage. Kleinere, kurzfristige Schwankungen innerhalb der gleichen Konjunkturphase haben dagegen vielfach nur einen geringen Einfluß auf die Entwicklung der Insolvenzen. Abgesehen davon, daß zwischen Entstehung und Eröffnung der Insolvenz meist längere Zeitspannen liegen, führen vielfach grundlegende Strukturwandlungen und innerbetriebliche Ursachen zu Zahlungsschwierigkeiten, wodurch insbesondere bei einer relativ kleinen Zahl von Insolvenzen Schwankungen entstehen, die unabhängig von der Konjunkturentwicklung sind. So ist mit Beginn des Konjunkturaufschwungs die Zahl der Insolvenzen in den Jahren 1954 und 1955 zunächst stark gefallen, hat aber seither wieder langsam zugenommen.

Wie im Vorjahr nahmen auch im Jahre 1958 nur die Konkurse zu (um 45 oder 9%), die Zahl der Ausgleiche (ohne Anschlußkonkurse) dagegen verringerte sich um 13 oder 5%. Dadurch stieg der Anteil der Konkurse an der Gesamtzahl der gerichtlichen Insolvenzverfahren von 66% (1957) auf 69%. Während im Vorjahr ursprünglich die Ausgleiche überwogen und sich das Verhältnis erst im Laufe des Verfahrens durch die Anschlußkonkurse änderte, wurden im Jahre 1958 schon mehr Konkurse (434) als Ausgleiche (392) eröffnet.

Insolvenzen in Österreich¹⁾

	1954	1955	1956	1957	1958	1958 in % von 1957
Konkurse	473	427	433	527	572	108,5
Gerichtliche Ausgleiche	412	385	438	428	392	91,6
Anschlußkonkurse ²⁾	-77	-135	-140	-161	-138	85,7
Gerichtl. Insolvenzverfahren insg.	808	677	731	794	826	104,0
Außergerichtliche Ausgleiche ³⁾	59	46	49	49	51	104,1
Abgewiesene Konkursanträge ⁴⁾	514	543	478	545	513	94,1
Gesamtzahl der Insolvenzen	1.381	1.266	1.258	1.388	1.390	100,1

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — ²⁾ Ausgleiche die in Konkurse umgewandelt wurden und daher doppelt gezählt sind. — ³⁾ Vom Kreditschutzverband behandelt. — ⁴⁾ Mangels Vermögen

junkturlage zusammen. Die Gläubiger gehen gegen ihre Schuldner immer rigorosere vor, da sie annehmen, daß sich Unternehmer, die trotz anhaltendem wirtschaftlichen Aufschwung insolvent wurden, auch später nicht bewähren werden und daher konkursreif sind. Der Ausgleich soll dagegen allgemein nur solchen Unternehmern helfen, die unverschuldet, infolge ungünstiger Sonderumstände, notleidend geworden sind und von denen daher erwartet werden kann, daß sie sich unter besseren wirtschaftlichen Bedingungen wieder erholen werden. Diese strengere Einstellung zu den insolventen Schuldnern spiegelt sich auch in dem in letzter Zeit wiederholt geäußerten Wunsch nach einer Änderung des Insolvenzrechtes. Sowohl die verschiedentlich von Gläubigern angestrebte Verschärfung der Ausgleichsordnung (Erhöhung der Mindestquoten, Verkürzung der Erfüllungsfrist, Vermehrung der Einstellungsgründe) als auch die von Juristen vorgeschlagene und von der Wirtschaft befürwortete Reform des Konkursverfahrens und Einführung des zwangsweisen Liquidationsausgleichs¹⁾ laufen darauf hinaus, die Zahl der Ausgleiche in der bisherigen Form stark zu beschränken.

¹⁾ Rechtsanwalt Dozent Dr. O. Reimer trat in einem bei der Generalversammlung des Kreditschutzverbandes von 1870 im Mai 1958 gehaltenen Vortrag u. a. dafür ein, bei Konkursen dem Verkauf des ganzen Unternehmens gegenüber den meist üblichen Einzelverwertungen den Vorzug zu geben. Dazu wäre erforderlich, die Fortführung des Unternehmens zu erleichtern und die Befugnisse des Masseverwalters zu vergrößern. Außerdem sollte das Verfahren beschleunigt werden und die mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge oder aufgehobenen Konkursverfahren automatisch zum Verlust der Gewerbeberechtigung führen. Aber auch im Ausgleichsverfahren sollten die Gläubiger die Möglichkeit haben, den Schuldner zu einem Liquidationsausgleich zu zwingen und sein Vermögen nach ihrem Ermessen zu verwerten. Eine vom Kreditschutzverband zu diesen Vorschlägen veranstaltete Enquete bei seinen Mitgliedern brachte überwiegend positive Antworten. So sprachen sich u. a. für den zwangsweisen Liquidationsausgleich 82% und für den Verlust der Gewerbeberechtigung infolge eines mangels Masse abgewiesenen Konkursantrages oder aufgehobenen Konkursverfahrens die weit aus überwiegende Mehrheit der Befragten aus.

Das zunehmende Überwiegen der Konkurse hängt vor allem mit der allgemein günstigen Kon-

Stärker als die Zahl der Fälle sind aber die *finanziellen Verluste* gestiegen, die von den Insolvenzen verursacht wurden. Nach den Feststellungen des Kreditschutzverbandes und einer Erhebung des Institutes bei rund 120 Insolvenzen haben zwar die Passiven je Fall im Durchschnitt kaum zugenommen. Es gab aber einige ganz große Insolvenzfälle (ein Stahlwerk allein mit 400 Mill S), die in die Durchschnittsbildung nicht einbezogen worden sind und die gesamte Schuldensumme von knapp 600 Mill S im Jahre 1957 auf mindestens 1 Mrd S im Jahre 1958, also um fast 70%, erhöht haben. Der höheren Schuldensumme standen außerdem geringere Vermögensteile gegenüber, weil der Anteil der Konkurse zugenommen hat. Aber auch bei den Ausgleichen waren die Passiven weniger durch Aktiven gedeckt (75%) als im Vorjahr (80%). Dennoch wurden im Durchschnitt (gewogen mit der Höhe der Forderungen) etwa gleich hohe Quoten vereinbart wie im Vorjahr (55%). Die Fristen für die Erfüllung dieser Quoten waren durchschnittlich sogar etwas kürzer (9 bis 13 Monate) als im Jahre 1957 (11 bis 13 Monate). Die relativ hohen Ausgleichsquoten und kürzeren Erfüllungsfristen trotz schlechteren Vermögensverhältnissen der Unternehmungen sind ein weiterer Beweis für das rigorosere Vorgehen der Gläubiger gegen insolvente Schuldner.

Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Wirtschaftszweigen¹⁾

Wirtschaftszweig	Konkurse		1958 in % von 1957	Ausgleiche		1958 in % von 1957
	1957	1958		1957	1958	
Industrie ²⁾	65	79	121,5	69	59	85,5
Großhandel	90	84	93,3	98	81	82,7
Einzelhandel	172	186	108,1	155	141	91,0
Handwerk	140	166	118,6	81	83	102,5
Sonstige ²⁾	60	57	95,0	25	28	112,0
Insgesamt	527	572	108,5	428	392	91,6

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870 — ²⁾ Einschließlich Bauunternehmungen — ³⁾ Auch Private

Die Insolvenzen haben sich in den einzelnen *Wirtschaftszweigen* sehr ungleich entwickelt. Im Gegensatz zum Vorjahr schnitt im Jahre 1958 das Handwerk mit 249 gerichtlichen Insolvenzverfahren (Konkurse und Ausgleiche zusammen) relativ am schlechtesten ab (+ 13%). Dagegen hat die Zahl der notleidenden Betriebe in der Industrie (einschließlich Bauunternehmungen) nur um 3% zu- und im Großhandel sogar um 12% abgenommen. Im Einzelhandel wurden ebenso wie im Vorjahr 327 Ausgleiche und Konkurse gezählt. Die verhältnismäßig starke Zunahme der Zahlungseinstellungen im Handwerk entfällt hauptsächlich auf

Metallverarbeitung, Elektrotechnik und Bekleidungsindustrie. Sie erklärt sich hauptsächlich aus strukturellen Schwächen in einzelnen Zweigen dieser Branchen (insbesondere Schmiede, Faßbinder, Schuster) und der wachsenden Konkurrenz der Industrie. Diese ist bei nachlassender Konjunktur besonders stark fühlbar, da ein Rückgang der Aufträge zunächst die kleineren und schwächeren Betriebe trifft.

Obwohl die Investitionstätigkeit in den Jahren 1957 und 1958 ziemlich lebhaft war, sind die Insolvenzen gerade in verschiedenen Investitionsgüterbranchen (Metallverarbeitung, Bauwirtschaft, elektro- und chemisch-technische Erzeugnisse) relativ stark gestiegen (um 8 bis 13%). Dagegen wurden im Textil- und Bekleidungssektor trotz ungünstigen Absatzverhältnissen nur 3% mehr Konkurse und Ausgleiche registriert als vor einem Jahr. In allen anderen Branchengruppen ist die Zahl der Insolvenzen gesunken. Erfahrungsgemäß hängt jedoch die *branchenmäßige Entwicklung* der Insolvenzen weniger mit der Konjunkturlage im betreffenden Jahr zusammen, als vielmehr, infolge der Zeitspannen zwischen Entstehung und Eröffnung der Insolvenz, mit jener in den Jahren vorher. So dürfte der Zuwachs der Insolvenzen in den Investitionsgüterbranchen vielfach noch auf das Nachlassen der Investitionen im Jahre 1956 zurückgehen, während sich die im Jahre 1958 schwache Nachfrage nach Textilien und Bekleidung vermutlich erst im Jahre 1959 oder noch später auswirken wird. Da außerdem die eigentlichen Ursachen der Insolvenzen meist in ungesunden innerbetrieblichen Verhältnissen liegen (geringe Eigenkapitalbasis, zu hohe Privatentnahmen, Streit von Gesellschaftern, Fehldispositionen bei Einkauf oder Produktion u. ä.), die durch äußere wirtschaftliche Umstände nur verstärkt oder gemildert werden, ist der Zusammenhang zwischen branchenmäßiger Konjunktur- und Insolvenzentwicklung meist sehr lose.

Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Bundesländern¹⁾

Bundesland	Konkurse		1958 in % von 1957	Ausgleiche		1958 in % von 1957
	1957	1958		1957	1958	
Wien	130	173	133,1	152	137	90,1
Niederösterreich	43	49	114,0	39	32	82,1
Oberösterreich	116	99	85,3	73	59	80,8
Salzburg	42	56	133,3	31	39	125,8
Steiermark	84	97	115,5	58	54	93,1
Kärnten	38	35	92,1	38	34	89,5
Tirol	49	44	89,8	26	25	96,2
Vorarlberg	16	14	87,5	9	10	111,1
Burgenland	9	5	55,6	2	2	100,0
Insgesamt	527	572	108,5	428	392	91,6

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870.

